



Rückzieher der Regierung: Gefangenentransporte bleiben Aufgabe der Polizei

Luxemburg, den 21. November 2024 – Der Verein *"eran, eraus ... an elo?"* zeigt sich besorgt über die jüngsten Entwicklungen in der Diskussion um die Zuständigkeit für den Transport von Gefangenen.

Im Rahmen der Nationalwahlen 2023 hatten wir den politischen Parteien die Frage gestellt, ob sie bereit seien, den Transport von nicht gefährlichen Gefangenen von der Polizei an das Justizvollzugspersonal zu delegieren.

Die Antworten der beiden aktuellen Regierungsparteien waren eindeutig:

- **CSV** : "Nous soutenons l'idée de déléguer une partie du transport des détenus à des agents pénitentiaires."
- **DP** : "Confier le transport des détenus (non dangereux) aux agents pénitentiaires pourrait en effet soulager la Police Grand-Ducale."

Diese Positionen fanden schließlich auch Eingang in den Koalitionsvertrag: *"Dans le but de réduire la surcharge de travail de la police, certaines tâches, comme le transport des détenus, seront confiées aux agents pénitentiaires."* (Seite 111)

Ein Jahr später jedoch scheint die Regierung von diesem Vorhaben abzuweichen. In ihrer Antwort auf eine parlamentarische Frage des Abgeordneten Dan Biancalana vom 18.11.2024 erklärten Justizministerin Elisabeth Margue und Innenminister Léon Gloden: *"Le système actuel fonctionne bien."*

Diese Aussage wird jedoch von der Polizeigewerkschaft **SNPGL** entschieden zurückgewiesen. In einer Stellungnahme vom 20.11.2024 betonte die Gewerkschaft: *"Il semble probable que la police continue d'assumer cette tâche à long terme. Cela a un impact direct et négatif sur le fonctionnement de la Police (...)."*

Keine leeren Versprechen: „eran, eraus ... an elo?“ fordert Taten

- „eran, eraus ... an elo?“ fordert die Regierung nachdrücklich auf, ihr ursprüngliches Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten. Der Verein betrachtet die Delegation von Gefangenentransporten an das Justizvollzugspersonal als eine dringend notwendige Maßnahme, um die Polizei effektiv zu entlasten und den Transport von nicht gefährlichen Häftlingen humaner zu gestalten.
- „eran, eraus ... an elo?“ erinnert daran, dass es zu den Grundprinzipien guter Politik gehört, die im Wahlkampf gemachten Versprechen einzuhalten.
- „eran, eraus ... an elo?“ ist überzeugt, dass eine offene Kommunikation mit den beteiligten Akteuren, wie der Polizei und der Gefangenenvertretung, unerlässlich ist, anstatt über deren Köpfe hinweg zu entscheiden. Wir verurteilen die Politik des Schweigens seitens des Justizministeriums, das trotz mehrfacher Gesprächsanfragen unseres Vereins bislang jegliche Dialogbereitschaft vermissen lässt.
- „eran, eraus ... an elo?“ möchte in diesem Zusammenhang an ein weiteres gebrochenes Versprechen erinnern: die Einführung der *"Maisons de Transition"*, die von der vorherigen Justizministerin Sam Tanson und der damaligen Familienministerin Corinne Cahen angekündigt wurden. Dieses äußerst notwendige und sinnvolle Projekt wurde von den beiden Politikerinnen leider aufgegeben.

→ „eran, eraus ... an elo?“ ist empört darüber, dass die luxemburgischen Regierungen immer wieder Rückzieher im Bereich des Strafvollzugs machen und damit wichtige Reformen und Versprechen leichtfertig aufgibt.